
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Mehr Geld für Familien**
- 2. Eine Woche als Abgeordneter...**
- 3. Deutschland übernimmt Verantwortung**
- 4. Politisch interessierte Esslinger in Berlin**
- 5. Einsatz für Religionsfreiheit**
- 6. Treffen mit Esslingern**

1. Mehr Geld für Familien

Diese Woche war eine gute Woche für Familien und für Arbeitnehmer: Durch die gute Wirtschafts- und Finanzpolitik sind wir in der Lage, Arbeitnehmer und Familien um über 5 Milliarden Euro steuerlich zu entlasten. Das ist möglich, ohne eine parallele Steuererhöhung oder Neuverschuldung.

Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschließen wir einen weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen. Den Schwerpunkt Familie und Kinder unterstreichen wir, indem außerdem der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende angehoben wird.

Die Regelungen im Detail: Im Einzelnen wird der steuerliche Grundfreibetrag (derzeit 8.354 Euro) rückwirkend zum 1. Januar 2015 um 118 Euro auf 8.472 Euro erhöht. Ab dem 1. Januar 2016 ist eine weitere Anhebung um weitere 180 Euro auf dann 8.652 Euro vorgesehen. Der steuerliche Kinderfreibetrag beträgt 7.008 Euro (einschließlich Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung) und wird rückwirkend zum 1. Januar 2015 um 144 Euro auf 7.152 Euro je Kind erhöht. Ab 1. Januar 2016 ist eine erneute Anhebung um weitere 96 Euro auf 7.248 Euro vorgesehen.

Das Kindergeld beträgt derzeit monatlich 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 Euro für das dritte Kind und 215 Euro für das vierte Kind und weitere Kinder. Es wird rückwirkend

ab 1. Januar 2015 um vier Euro monatlich je Kind erhöht werden. Ab dem 1. Januar 2016 ist eine Erhöhung um weitere zwei Euro monatlich je Kind vorgesehen. Der aktuell maximal 140 Euro monatlich betragende Kinderzuschlag wird ab 1. Juli 2016 um 20 Euro monatlich steigen. Der Kinderzuschlag kommt Eltern zugute, die zwar ihren Bedarf durch Erwerbseinkommen grundsätzlich bestreiten können, aber nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um den Bedarf ihrer Kinder zu decken.

Mit dem Gesetz stellen wir die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für dieses und das nächste Jahr entsprechend der Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts sicher. Bei den parlamentarischen Beratungen wurde unter anderem der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten von 1.308 Euro auf 1.908 Euro erhöht. Schließlich wurde der Einkommenssteuertarif zum Abbau der sogenannten kalten Progression angepasst. Auch soll die rückwirkende Kindergelderhöhung nicht auf Sozialleistungen und Kindesunterhalt angerechnet werden.

2. Eine Woche als Abgeordneter...

Unter dem Motto „Jugend und Parlament“ konnten in dieser Woche 315 Jugendliche aus der gesamten Bundesrepublik für eine Woche lang in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen. Ich finde dieses Projekt sehr gut, weil Jugendliche dabei lernen können, sich eine eigene Meinung zu bilden, diese zu artikulieren und andere von dieser Position zu überzeugen. Zuvor wurden die Jugendlichen von uns Abgeordneten nominiert. Auch ich habe mich daran beteiligt und Maximilian Ilzhöfer, einen jungen Mann aus meinem Wahlkreis, nominiert. Gemeinsam mit den anderen Jugendlichen musste Herr Ilzhöfer als „Abgeordneter“ über vier Gesetzesinitiativen verhandeln. Zur Debatte standen Entwürfe zur Einführung chancengleicher Bewerbungen für die Behörden des Bundes, zur Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, zur Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft sowie zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit dem fiktiven Balkanstaat Illyrien.



Markus Grübel mit Maximilian Ilzhöfer im BMVG

3. Deutschland übernimmt Verantwortung

Ein besonderer Schwerpunkt lag an diesem Freitag in der Verlängerung dreier Bundeswehrmandate: Im Kosovo wird die Bundeswehrbeteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) mit bis zu 1.850 Bundeswehrsoldaten um ein Jahr verlängert. In Mali wird die Beteiligung der Bundeswehr mit unverändert 150 Soldaten an der UN-Unterstützungsmission in Mali (Minusma) um ein weiteres Jahr – bis längstens Ende Juni 2016 – verlängert und im Libanon beteiligt sich die Bundeswehr mit bis zu 300 Soldaten ein weiteres Jahr am maritimen Teil der internationalen Unifil-Mission.

Diese Bundeswehrmandate zeigen erneut, welche Rolle wir auf internationalen Parkett mittlerweile ausüben! Die Bundesrepublik leistet als viertgrößte Volkswirtschaft einen wichtigen Beitrag zur internationalen Sicherheit. Ohne uns geht es nicht! Mein besonderer Dank gilt daher der hervorragenden Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten!

Unser Engagement ist auch im eigenen Interesse zu sehen. Nur wenn es uns gelingt, die Konflikte und Krisen zu befrieden, wird sich die Situation der Menschen vor Ort verbessern und sie nicht zur Flucht nach Europa treiben!

4. Politisch interessierte Esslinger in Berlin!

Auf meine Einladung kam in dieser Woche eine Gruppe politisch interessierter Bürger aus Esslingen nach Berlin. Neben vielen spannenden Programmpunkten, wie dem Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen und dem Besuch einer Plenarsitzung, blieb noch ausreichend Zeit für Diskussionen über aktuelle politische Themen. Dabei ging es vor allem um Rüstungsausgaben sowie die Entwicklung des Bildungsetats.

Den Aufenthalt in Berlin rundete ein Besuch der Gedenkstätte Point Alpha in Geisa in der thüringischen Rhön bei der Rückfahrt ab. Point Alpha war einer von vier US-Beobachtungsstützpunkten an der hessischen innerdeutschen Grenze während des Kalten Krieges.



Markus Grübel mit den Teilnehmern der BPA-Fahrt im Reichstag

5. Einsatz für Religionsfreiheit

Wir bekräftigen in dieser Plenarwoche ein sehr wichtiges politisches Ziel der Union: Gemeinsam mit der SPD und den Grünen fordern wir Abgeordnete die Bundesregierung auf, zur Lage der Religions- und Glaubensfreiheit weltweit zu berichten. Die deutsche Außenpolitik sollte sich noch nachdrücklicher dafür einsetzen, dass Verstöße gegen dieses Menschenrecht nicht nur zufällig bekannt werden, sondern in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rücken. Die zunehmenden Verstöße gegen die Religionsfreiheit verletzen nicht nur die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, sondern bedeuten für sehr viele Menschen Diskriminierung, Bedrängnis, Gewalt und Verfolgung.

Auch ist die Gewalt religiöser Extremisten gegen Andersgläubige eine weitere Ursache für Flucht und Vertreibung. Sie stellt darüber hinaus zunehmend eine Gefahr für die Sicherheit und das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen weltweit dar. Ein umfassender Bericht zur Lage in den Staaten wird dazu beitragen, Regierungen an ihre Pflichten aus den internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte zu erinnern. Der Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung wird aller Welt deutlich machen, dass wir die Freiheit von Religion und Bekenntnis nicht für ein Randthema, sondern für ein zentrales Recht der Menschen halten.

6. Treffen mit Esslingern

Ein ganz kurzes Treffen ergab sich am Donnerstag mit dem Ehepaar Roßbach aus Esslingen! Da im Plenum wichtige Abstimmungen stattfanden, war es mir nicht möglich, beide persönlich durch den Reichstag zu führen! Diese Aufgabe übernahm daher meine Mitarbeiterin. Sie führte die Roßbachs durch das Gebäude des Reichstags und ermöglichte ihnen damit einen Blick hinter die Kulissen.



Markus Grübel mit dem Ehepaar Roßbach auf der Plenarsaalebene im Reichstag